Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 2861**

# Interpellation
## der Fraktion der FDP

**betr. Deutsche Rechte an der Vereinigte Glanzstoffabriken AG.**

Der Herr Bundesminister für Wirtschaft hat in Beantwortung der Interpellation - Nr. 2014 der Drucksachen - am 4. April 1951 im Bundestag erklärt, daß die Bundesregierung es zu jenem Zeitpunkt nicht für zweckmäßig gehalten habe, innerdeutsche gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, um die deutschen Besitzrechte an der Vereinigte Glanzstoffabriken AG gegenüber den völkerrechtswidrigen Maßnahmen der holländischen Regierung wieder herzustellen. Inzwischen hat die holländische Regierung die in Deutschland beschlagnahmten Aku-Aktien, die nach der Fusion der Enka und der Vereinigte Glanzstoffabriken AG im Jahre 1929 im Austausch den deutschen Aktionären übergeben worden waren, nach Holland verbracht und dort privaten Interessenten zum Kauf angeboten.

Wir fragen:

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Gesetz Nr. 163 der Alliierten Hohen Kommission vom 31. August 1951 auf die in Deutschland beschlagnahmten und der holländischen Regierung ausgelieferten Aku-Aktien anwendbar ist, obwohl diese vorwiegend Beteiligungsrechte an einem deutschen Unternehmen verkörpern?
2. Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag baldmöglichst gesetzliche Maßnahmen vorzuschlagen, um die Rechte der deutschen Eigentümer zu wahren?
3. Wird die Bundesregierung Sofortmaßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Stimmrechte rechtswidrig ausgeübt werden.

Bonn, den 23. November 1951

**Wirths**
**Euler und Fraktion**

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Bonner Talweg 106
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30, und Wiesbaden. Nietzschestraße 1